

## Text 1

**Peter Longerich: Die Belastungen der Republik**

Der kurze Abriss der wichtigsten Phasen der im Ansatz stecken gebliebenen Revolution führt zu der Frage, welche Erfahrungen der Revolutionszeit für das weitere Schicksal der Republik von Bedeutung sein sollten.

– Die blutige Konfrontation von mehrheitssozialdemokratischer Regierung und sich radikalisierender Rätebewegung zementierte die Spaltung der Arbeiterbewegung, führte zu tief greifender Frustration und Staatsverdrossenheit innerhalb der Arbeiterschaft. Die Enttäuschung vergrößerte sich, als deutlich wurde, dass die Sozialisierungsbestrebungen relativ schnell verebten. Zwar erleichterte die Abspaltung ihres linken Flügels der Sozialdemokratie ein Zusammengehen mit bürgerlichen Kräften, doch wurde dieser vergrößerte Handlungsspielraum andererseits durch die lähmende Wirkung, die das zermürbende Konkurrenzverhalten von Sozialdemokratie und Kommunisten auf beide Parteien haben musste, wieder erheblich eingeschränkt. Innerhalb des Bürgertums reichte andererseits auch die im Ansatz stecken gebliebene Revolution aus, um eine starke Verunsicherung und traumatische Revolutionsfurcht auszulösen.

Neben der eigentlichen Revolution lassen sich in den Anfangsjahren eine Reihe von Ereignissen und Tendenzen benennen, die auf Dauer zu einer Belastung für die Republik wurden.

- Die bereits unmittelbar nach den Januarunruhen von 1919 stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung verschafften den demokratischen Parteien zwar eine deutliche Mehrheit, brachten im Ergebnis jedoch keine Zustimmung für sozialistische Reformen. Überschattet wurden die Beratungen der Nationalversammlung, die nach Weimar ausweichen mussten, von den weiteren revolutionären Unruhen Anfang 1919. Die wesentlichen Elemente des Verfassungsaufbaus waren durch die Ereignisse vom November/Dezember 1918 bzw. durch das gemeinsam mit den Ländern vorbereitete, im Februar 1918 verabschiedete Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vorherbestimmt. Das Ergebnis der Beratungen der Nationalversammlung führte zu einer Verfassung der Kompromisse. Die einem konstitutionellen Monarchen nachgebildete starke Stellung des Reichspräsidenten (unter anderem ausgestattet mit dem Ausnahmerecht des Artikel 48, einem weitgehenden Handlungsspielraum bei der Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers sowie dem Recht zur Parlamentsauflösung) sollte zu einem Dualismus zwischen Reichstag bzw. Reichsregierung einerseits und dem Staatsoberhaupt andererseits führen und die Tendenz begünstigen, in Krisensituationen anstelle des parlamentarischen Kompromisses autoritäre Lösungen zu bevorzugen. Die Frage nach der künftigen Stellung des übermächtigen Preußen innerhalb des Reiches wurde nicht befriedigend gelöst. Die unterschiedlichen Ansprüche der verschiedenen sozialen Gruppen führten zu einem additiven Katalog von Grundrechten. Die inhaltliche Überfrachtung der Verfassung und die wenig glanzvolle, geschäftsmäßige Abwicklung der Beratungen waren wenig dazu geeignet, das schwache Prestige der republikanischen Staatsform zu erhöhen.
- Zu den Hypothesen der Revolutionsphase wird man die ungebrochene Kontinuität der alten Führungseliten in Militär, Justiz und Verwaltung, in den Hochschulen und in anderen Spitzenpositionen rechnen müssen. Die „Neutralität“ der Reichswehr in späteren Krisensituationen, die Rechtslastigkeit der politischen Rechtsprechung, die mangelnde Abwehrbereitschaft des Staatsapparates gegenüber der wachsenden nationalsozialistischen Bedrohung, die frühe Ausbreitung des Nationalsozialismus und anderer antidemokratischer Ideen an den Universitäten waren u. a. Folge dieser mangelnden personellen Erneuerung.
- Durch den Übergang zur Republik im Moment der sich anbahnenden militärischen Katastrophe sollte die neue Staatsform – völlig zu Unrecht – mit der „Schmach“ der Niederlage und deren völkerrechtlicher Abwicklung belastet werden. Tatsächlich führte der am 10. Januar 1920 in Kraft tretende Versailler Vertrag zwar zu einer erheblichen Schwächung des Reiches, er bedeutete jedoch kein definitives Ende einer deutschen Hegemonialstellung in Zentraleuropa. Die verfügbaren territorialen Verluste gingen nicht an die Kernsubstanz des Reiches. Die Reparationen stellten zwar eine erhebliche ökonomische Belastung dar, bedeuteten jedoch keineswegs eine völlige Verarmung Deutschlands; schwerer als die materielle Belastung sollten sich die mit dem Kapitaltransfer verbundenen Probleme

- 50 für die internationalen Finanzmärkte auswirken. Auf der anderen Seite offerierte der Vertrag durch die territoriale Neugliederung Ostmittel- und Südosteuropas dem Reich Chancen für eine informelle Hegemonie in diesen Räumen; langfristig arbeitete die Zeit gegen die Aufrechterhaltung der diskriminierenden Bestimmungen des Vertrages. Die verheerenden psychologischen Wirkungen des eigentlich erträglichen „Friedensdikts“ auf die deutsche Bevölkerung, etwa die Empörung gegen die
- 55 einseitigen Entwaffnungsbestimmungen oder den zur Begründung der Reparation eingefügten Kriegsschuldparagraphen, sind nur verständlich, wenn man sich das nationalistische Überheblichkeitsgefühl der Vorkriegs- und Kriegzeit sowie die jahrelang unterhaltenen Hoffnungen auf einen maßlosen „Siegfrieden“ vergegenwärtigt.
- Zu den Kriegsfolgen ist des Weiteren die Inflation zu rechnen, die bereits 1914 als Folge der
- 60 Kriegsfinanzierung einsetzte und sich 1922/1923 zur Hyperinflation mit ihren absurden Wirkungen steigerte. Die Tatsache, dass unmittelbar nach Kriegsende auf den eigentlich fälligen Währungsschnitt verzichtet wurde, ja der Staat die neuen Anforderungen der Umstellungsperiode mit Hilfe der Notenpresse finanzierte, erleichterte zwar die Anpassung während der Demobilisierungsphase, schob jedoch das Problem der Währungsstabilisierung so lange auf, bis die Hyperinflation schließlich zum
- 65 Kollaps der Wirtschaft führte. Die Inflation hatte weitreichende Umschichtungsprozesse zur Folge, die zum Teil quer zu den sozialen Schichtungslinien verliefen. Quasi enteignet wurden diejenigen, die von Einkünften aus Geldvermögen lebten, also vor allem Sparer, Hypothekengläubiger, Inhaber öffentlicher Anleihen. Betroffen waren daneben vor allem auch Hausbesitzer, so weit die entwerteten
- 70 Mieteinnahmen nicht durch die Abwertung von Hypotheken kompensiert wurden, aber auch, wegen der schnellen Geldentwertung, diejenigen, die auf monatliche Bezüge angewiesen waren, also Rentner und Gehalts- und Versorgungsempfänger. Begünstigt wurden hingegen generell Schuldner und die Inhaber von Produktionsmitteln. Neben den realen, unterschiedlich gestreuten Inflationsverlusten mit der faktischen Verarmung von Teilen des Mittelstandes war es vor allem das Trauma der Hyperinflation, das sich nachhaltig psychologisch auswirken sollte: Die offenkundige Ungerechtigkeit, mit der fleißige
- 75 Sparer bestraft, Schuldenmacher hingegen belohnt wurden, der Verlust der in Jahrzehnten aufgebauten wirtschaftlichen Existenz, daneben Begleiterscheinungen, wie etwa der Irrsinn der waschkörbeweise produzierten Banknoten, wie eine erhebliche Notkriminalität, Schwarzmarkt- und Schiebergeschäfte, dies alles führte zu einem schwerwiegenden Vertrauensverlust in das politische und ökonomische System der jungen Republik.
- 80 – Zu den Erscheinungen der unmittelbaren Nachkriegsphase, die sich belastend auf die weitere Geschichte der Weimarer Republik auswirkten, gehört auch eine starke Militarisierung der Politik, die sich vor allem in der Herausbildung von Wehr- und Kampfverbänden (teilweise als Nachfolger der Freikorps) äußerte. Von hier führten zahlreiche Querverbindungen zu der radikalen völkisch-antisemitischen Bewegung. Innerhalb dieser Gruppierung bildete sich in München mit den
- 85 Nationalsozialisten ein besonders aktiver Kern heraus.
- Aus: Peter Longerich (Hrsg.), Die Erste Republik. Dokumente zur Geschichte des Weimarer Staates, München: Piper Verlag 1992, S. 21 ff.

### Aufgabe

1. Fassen Sie die Belastungen der Weimarer Republik stichwortartig zusammen. Informieren Sie anschließend anhand Ihrer Stichworte Ihre Mitschüler über die Anfänge der Weimarer Republik.